

Protokoll über die Sitzung Nr. 7/2017 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 19. Juni 2017, um 14:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder Gruppe CDU/WBV:

Beigeordneter Stefan Becker
Ausschussvorsitzende Katja Breuer
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Mitglieder SPD-Fraktion:

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Beigeordneter Howard Jacques
Beigeordneter Jörg Mückenwarf
Bürgermeister Uwe Reese

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial:

Ratsmitglied Petra Stomberg
Ausschussmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglied FDP-Fraktion:

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion:

Ausschussmitglied Dr. Dr. Alfred Klinken-Mibert

Mitglied AfW-Fraktion:

Beigeordneter Thorsten Moritze

Es fehlte entschuldigt:

Beigeordneter Michael von den Berg

Dezernenten:

Jens Stoffers - Erster Stadtrat

Oliver Leinert - Stadtrat

von der Verwaltung:

Marion Winkel-Fiedelak – Leitung Referat 2 – Kultur und Referat 5- Bürgeran-
gelegenheiten und Recht

Jens Müll - Leitung Referat 4 - Referat für Personal und Organisation

Carsten Feist - Leitung Referat 6 - Referat für Jugend, Familie, Sport und Bildung

Julia Muth – Pressesprecherin, Fachbereich Kommunikation und Koordination (13)

Insa Rogel - Fachbereich Kommunikation und Koordination (13)

Jan Bönisch - Fachbereich Kommunikation und Koordination (13)

Sabine Jakobs - Fachbereich Rechnungsprüfungsamt (14)

Jörg Valnion - Fachbereichsleitung Finanzen (20)

Torben Müller - Fachbereich Finanzen (20)

Tanja Harnisch – Fachbereich Finanzen (20)

Protokollführerin:

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen (20)

Sonstige:

Michael Diers - Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH

Reinhold Keil - Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.05.2017
- 4 Vorlagen an den Rat:
 - 4.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und Entlastung des Betriebsleiters Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK-Eigenbetrieb) **155/2017**
 - 4.2 Grundsatzbeschluss zum Neubau des Klinikums Wilhelmshaven **180/2017**
 - 4.3 1. Nachtragswirtschaftsplan 2017 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **181/2017**
 - 4.4 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **204/2017**
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:
 - 5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss **196/2017**
- 6 Mitteilungen und Anfragen:
 - 6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung
 - 6.2 Budget- und Produktberichterstattung zum 30.04.2017

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde unverändert festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.05.2017

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.05.2017 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat4.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und Entlastung des Betriebsleiters Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK-Eigenbetrieb) **155/2017**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor.

Anschließend beantworteten **Herr Oberbürgermeister Wagner** und **Herr Keil** die Frage von **Herrn Dr. von Teichman** bezüglich der Mitarbeiter aus den ehemaligen Seniorenanlagen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss 2016 wird mit einem Jahresüberschuss von 1.163.703,93 € festgestellt.
Das Ergebnis wird auf neue Rechnung vorgetragen.
2. Dem Betriebsleiter wird Entlastung erteilt.

4.2 Grundsatzbeschluss zum Neubau des Klinikums Wilhelmshaven **180/2017**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, las die Beschlussvorlage vor.

Zuerst teilte **Frau Stromberg** mit, dass sie für einen Neubau und gegen eine Privatisierung sei. Sie kritisierte, dass nicht alle in der Beschlussvorlage genannten Gutachten zur Verfügung gestanden hätten. **Herr Valnion** merkte an, dass alle Unterlagen vorher per Mail verschickt wurden und im Ratsinformationssystem zur Verfügung standen.

Herr Dr. von Teichman hinterfragte, warum die Mittel für einen Hubschrauberlandeplatz und für die Verklinkerung separat seien. **Herr Oberbürgermeister Wagner** erklärte, dass es sich bei diesen Punkten um nicht zwingend notwendige Maßnahmen für ein Krankenhaus handeln würde.

Es folgte ein kurzer Austausch zwischen **Herrn Tönjes** und **Herrn Oberbürgermeister Wagner** über die Möglichkeit aus der Beschlussvorlage zwei Vorlagen zu machen. **Herr Stoffers** stellte klar, dass über die Alternative 1 abgestimmt wird. Falls der ersten Alternative nicht zugestimmt wird, wird über Alternative 2 abgestimmt.

Anschließend kritisierte **Herr Walpurgis**, dass es zum Projekt Krankenhaus keine Veranstaltung für die Bürger gab. Außerdem merkte er an, dass mit einer Umsatzsteigerung von 28 Mio. € und einer Steigerung der Personalkosten von lediglich 14 Mio. € gerechnet wird. Die Krankenquote läge nun schon bei 14 %, die Umsatzsteigerung dürfe nicht zu Lasten der Mitarbeiter erfolgen. Des Weiteren seien die Zahlen von Experten aus der Branche als unwirtschaftlich bezeichnet worden. Unter anderem aus diesen Gründen werde in der Ratssitzung ein Änderungsantrag mit einer dritten Alternative, der Zusammenschluss mehrere Kliniken, gestellt.

Daraufhin erwiderte **Herr Oberbürgermeister Wagner**, dass die hohe Belastung der Mitarbeiter auch auf den schlechten Bauzustand des Krankenhauses zurückzuführen sei. Den über 1.400 Mitarbeitern sollte ein guter Arbeitsplatz geboten werden. Im Übrigen sei, die von Herrn Walpurgis erwähnte, zusätzliche Alternative eine Belastung für Dritte, so dass hierüber nicht der Rat allein beschließen könne.

Herr Dr. Dr. Klink-Mibert merkte ebenso an, dass eine Krankenquote von 14 % ein Grund für den Neubau sei und sprach sich für den Neubau aus.

Im Anschluss ergab sich ein Austausch zwischen den **Herren Dr. von Teichman** und **Oberbürgermeister Wagner** über die städtischen Zuschüsse an das Klinikum. Im Rahmen dessen hob **Herr Dr. von Teichman** hervor, dass die Stadt ab 2019 keinerlei Zuschüsse an das Krankenhaus geplant habe, das Klinikum aber bis 2023 negative Zahlen schreibe und Abschläge für die Baukosten leisten müsse. **Herr Oberbürgermeister Wagner** erklärte, dass in den letzten Jahren nie alle Verluste des Krankenhauses ausgeglichen wurden, es wurden nur die Mittel ausgezahlt, die Cash fehlten. Nicht alle berücksichtigten Mittel im Jahresfehlbetrag seien zahlungswirksam, ein Beispiel hierfür sind Abschreibungen. Außerdem stimme es nicht, dass das Klinikum im Falle des Neubaus bis 2023 negative Zahlen schreiben würde.

Herr Reese schilderte seinen Eindruck, dass die Mitarbeiter des Krankenhauses Angst davor haben, dass der Beschluss nicht gefasst wird. Nicht wie behauptet, davor dass die Finanzierung nicht klappt.

Herr Hellwig merkte an, dass auf diese Beschlussvorlage schon seit 2012 hingearbeitet wurde und sie gut vorbereitet sei.

Anschließend kritisierte **Herr Tönjes**, dass die Beschlussvorlage nur 2 Alternativen beinhaltet und es an Kreativität fehlen würde. Er weist daraufhin, dass auch Meinungen von Experten keine Garantie seien, siehe z.B. Berliner Flughafen. Außerdem sei ein Klinikneubau eine so große Entscheidung, da sollten auch die Bürger gefragt werden.

Herr Becker erklärte, dass man sich durch das Wahlprogramm die Bestätigung der Wähler für einen Neubau geholt habe. Bezüglich der finanziellen Aspekte lägen Zahlen aus vielen Bereichen vor, die geprüft wurden.

Herr Heinemann informierte, dass er sich bei der Abstimmung enthalten wird. Dies würde nicht bedeuten, dass er gegen einen Neubau wäre, es wären lediglich noch Fragen im Aufsichtsrat offen, die er vorher beantwortet haben möchte.

Herr Jacques betonte, dass über jeden Abschnitt abgestimmt wird und die Planungen auch auf Landesebene geprüft worden seien und man hierauf vertrauen müsse.

Frau Glaser merkte an, dass ihrer Meinung nach die Zahlen sehr nachvollziehbar seien. Sie berichtete außerdem von einem Gespräch mit einem Bürgermeister aus einer Stadt mit einem privaten Krankenhaus. Dies private Krankenhaus schreibe seit 5 Jahren negative Zahlen und sollte sich dies nicht ändern, wird es entweder geschlossen oder wieder in kommunale Hand gegeben.

Frau Glaser beantragte die namentliche Abstimmung. Der Antrag wurde mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Herr Moriße erwähnte, dass es seiner Meinung nach nicht zur Debatte steht, ob man ein neues Krankenhaus möchte. Für ihn sei ein neues Klinikum zwingend notwendig.

Daraufhin teilte **Frau Bakir** mit, dass sie ebenfalls einen Neubau befürwortet, jedoch gerne einen höheren Risikoaufschlag berücksichtigt hätte.

Herr Dr. von Teichman bemängelte, dass es für die Förderung keine klare Zusage vom Land gäbe und der Haushalt nur bedingt genehmigt worden wäre. **Herr Oberbürgermeister Wagner** machte darauf aufmerksam, dass seit zwei Wochen eine schriftliche Zusage der Förderung vom Ministerium vorläge.

Abschließend verdeutlichte **Herr Keil** nochmals, dass die 195,6 Mio. € die Summe inklusive des Risikoaufschlages sei. Man gehe also im Normalfall von 171,5 Mio. € aus.

Nach Abschluss der Diskussion rief die Vorsitzende, **Frau Breuer**, zur namentlichen Abstimmung auf.

Ja-Stimmen (10):

Frau Bakir, Herr Becker, Frau Breuer, Frau Glaser, Herr Hellwig, Herr Jacques, Herr Dr. Dr. Klinke-Mibert, Herr Moriße, Herr Münkenwarf, Herr Reese

Nein-Stimmen (2):

Herr Tönjes, Herr Dr. von Teichman

Enthaltungen (3):

Herr Heinemann, Frau Stomberg (in Vertretung für Herrn von den Berg), Herr Walpurgis

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Alternative 1:

Der Rat stimmt dem Ersatzneubau des Klinikums in städtischer Trägerschaft auf dem vor-handenen Grundstück an der Friedrich-Paffrath-Straße unter Vorbehalt der Erteilung des Fördermittelbescheides des Landes Niedersachsen inkl. der im Haushalt 2017/18 bereits beschlossenen Vorwegmaßnahmen nach Maßgabe dieses Grundsatzbeschlusses zu.

1. Bauherr wird die KW gGmbH, die auch Adressat des Fördermittelbescheides ist.
2. Die Stadt stellt die für den Neubau erforderlichen Investitionsmittel im Rahmen der jeweils vom Rat zu beschließenden Haushaltspläne der Stadt und Wirtschaftspläne der KW gGmbH als Darlehen zur Verfügung. Für die Vorwegmaßnahmen sind bereits Mittel in Höhe von 15 Mio. € im Doppelhaushalt 2017/2018 veranschlagt, bei der KW gGmbH werden in gleicher Höhe Mittel in einen 1. Nachtragswirtschaftsplan 2017 eingestellt.

Der Investitionsbedarf stellt sich wie folgt dar:

- Baukosten gemäß Förderantragsunterlage Bau 152,1 Mio.€
- Zusätzliche Kosten für einen Hubschrauberlandeplatz auf dem Dach und Verklankerung der Fassade des Neubaus 4,4 Mio. €
- Vorwegmaßnahmen
(im Haushaltsplan 2017/2018 bereits beschlossen) 15,0 Mio. €

Erwartete Investitionssumme 171,5 Mio. €

- Risikoaufschlag von ca. 16 % gemäß Empfehlung der Drees & Sommer Projektmanagement und bautechnische Beratung GmbH 24,1 Mio. €
- 195,6 Mio. €**

3. Die Finanzierung des Neubaus erfolgt zu 99 Mio. € über ein Darlehen der KW gGmbH, bei dem das Land Niedersachsen den kompletten Schuldendienst übernimmt (Zinsen, Tilgungen, Kreditbeschaffungskosten).

Darüber hinausgehende Finanzierungsanteile werden im städtischen Haushalt veranschlagt und über Gesellschafterdarlehen an die KW gGmbH weitergeleitet. Hierfür erforderliche Darlehensverträge zwischen der Stadt und der KW gGmbH sind vom Rat zu genehmigen. Das gesamte Investitionsvolumen wird im Wirtschaftsplan 2018 der KW gGmbH veranschlagt.

4. Die Vertreter der Stadt Wilhelmshaven in den Gremien des Eigenbetriebs „Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungs-einrichtungen der Stadt Wilhelmshaven“ (Eigenbetrieb RNK) und im Aufsichtsrat der KW gGmbH werden ermächtigt, die zur Umsetzung dieses Grundsatzbeschlusses erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Soweit der Rat sich die Zustimmung zum Abschluss konkreter Verträge (insbesondere Darlehensverträge zwischen der Stadt und der KW gGmbH) vorbehalten hat, sind diese Vorbehalte zu beachten.

5. Die bei der KW gGmbH zur Unterstützung des Aufsichtsrates eingerichtete Expertengruppe berichtet dem Rat regelmäßig, mindestens 4 x im Jahr, über den Stand des Neubauvorhabens, insbesondere über die Entwicklung der Baukosten.
6. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine Übertragung der beim Eigenbetrieb RNK bilanzierten Betriebsgrundstücke des Klinikum Wilhelmshavens, die derzeit an die KW gGmbH vermietet sind, auf die KW gGmbH vorzubereiten. Die Verwaltung hat eine möglichst kostengünstige Übertragung zu prüfen und auch die Möglichkeit der Einräumung von Erbbaurechten in die Betrachtung einzubeziehen. Eine Entscheidung trifft der Rat auf Vorschlag der Verwaltung.

Alternative 2:

Sollte der Beschlussvorschlag „Alternative 1“ nicht beschlossen werden, schlägt die Verwaltung die nachfolgende Alternative 2 zur Beschlussfassung vor.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Neubau des Klinikums Wilhelmshaven zusammen mit einem privaten Investor vorzubereiten. Zu diesem Zweck hat die Verwaltung Vorbereitungen für eine gänzliche oder teilweise Privatisierung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH (KW gGmbH) durch Übertragung von Anteilen an einen privaten Investor zu treffen und eine Marktsondierung vorzunehmen. Der Rat behält sich die Beschlussfassung über eine Anteilsübertragung vor. Städtische Mittel dürfen für die Errichtung eines Neubaus nicht an die KW gGmbH ausgereicht werden.

4.3 1. Nachtragswirtschaftsplan 2017 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **181/2017**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor. Es folgten keine Wortbeiträge.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem 1. Nachtragswirtschaftsplan 2017 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH (KW gGmbH) wird zugestimmt.

4.4 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **204/2017**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, las die Beschlussvorlage vor und rief zur Abstimmung auf.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Toni Rech Bauunternehmung GmbH & Co. KG, Peterstr. 25, 26382 Wilhelmshaven	2.342,76 €	Sachspende in Form der Fundament- erstellung für die Neuaufrstellung des Kriegerdenkmals 1870/71 in Fedderwarden

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss **196/2017**

Nachdem die Vorsitzende, **Frau Breuer**, die Beschlussvorlage vorgelesen hatte, beantragte **Herr Dr. von Teichman** die getrennte Abstimmung. Es wurde sich darauf geeinigt, den Punkt 4 separat zur Abstimmung zu stellen.

Die Zuwendungen Nr. 1 bis 3 wurden einstimmig angenommen. Die Zuwendung Nr. 4 wurde mit 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Dr. Peter Schwindt, Comeniusweg 2, 26384 Wilhelmshaven	800,00€	Geldspende zur Aufstellung einer Bank am Südstrand
2. Sigrid Müller, Ziegelstr. 22 a, 26388 Wilhelmshaven	800,00€	Geldspende zur Aufstellung einer Bank am Südstrand
3. Bürgerverein „Am Stadtpark“, 1.Vorsitzender Henning Trumpp, Gottorpstr. 11, 26389 Wilhelmshaven	1600,00€	Geldspende zur Aufstellung von zwei Banken am Kinder- spielplatz Altengrodener Weg
4. Ingenieurgemeinschaft Tode GmbH (IGT), Parkstr. 19, 26382 Wilhelmshaven	1.041,25 €	Sachspende in Form der Tragwerksplanung für die Neuaufstellung des Kriegerdenkmals 1870/71 in Fedderwarden

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

- keine -

6.2 Budget- und Produktberichterstattung zum 30.04.2017

Herr Müller hielt einen Vortrag zu den Budget-, Produkt- und Haushaltsberichten zum Stichtag 30.04.2017. Zunächst stellte er im Allgemeinen die Funktion und den Ablauf der Berichte vor. Anschließend erläuterte er den Budgetbericht des Fachbereiches 20. Zuletzt erklärte er den Haushaltsbericht und fasste die daraus resultierenden Kernaussagen zusammen.

Anschließend hinterfragte **Herr Dr. von Teichman**, warum ein Mehraufwand für das Planungsfeststellungsverfahren Klinikum und Friedenstraße entstanden sei. **Herr Oberbürgermeister Wagner** und **Herr Leinert** erklärten, dass die Gutachten ausgeschrieben werden und man die Angebote nicht genau planen kann.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:12 Uhr

Wagner
Oberbürgermeister

Breuer
Vorsitzende

Zahn
Protokollführerin